einstigen Beruf entfremdet worden und gelten nun als ungelernt. Man darf hoffen, daß dieses Schicksal sich nicht mehr wiederholen wird. Einen weiteren großen Teil der Ungelernten stellen die Söhne kinderreicher Landarbeiter und Kleinbauern, die zunächst auf dem Land sich als Jungknechte und Tagelöhner verdingten, schließlich aber in Zeiten guter Wirtschaftslage in die Stadt abwanderten, in der Erwartung, dort besser eine Familie gründen zu können. Dieses bedauerliche Abwandern in die Stadt haben wir ja bis jetzt noch bei jeder Besserung der Wirtschaftslage feststellen müssen. Sie führte zu jener großen Binnenwanderung der vergangenen Jahrzehnte vom landwirtschaftlichen Osten in den industriereichen Westen, der zur Folge hatte, daß sich die Menschen in den Industriemittelpunkten drangsvollend häuften, während der Osten bedrohlich menschenarm wurde. Auch hier hat sich im Zeichen des Nationalsozialismus ein entscheidender Wandel angebahnt. Durch das ländliche Siedlungswerk für den überzähligen bäuerlichen Nachwuchs, durch die vermehrte ländliche Fürsorge und die wirtschaftliche Besserstellung des Landarbeiters, wozu auch die endliche Anerkennung der Landarbeit als gelernte Arbeit gehört, ist hier wirksame Abhilfe geschaffen worden. Entscheidend vor allem ist die Beschränkung der hemmungslosen Freizügigkeit durch das Verbot, ländliche Arbeitskräfte in die Industrie zu locken und dort zu beschäftigen.

Schon die Tatsache, daß ein großer Teil der ungelernten Arbeiter ländlicher Herkunft ist — Arbeitskräfte, die heute der Landwirtschaft bitter fehlen —, zeigt übrigens, wieviele kräftige und zu schwerer körperlicher Arbeit befähigte Menschen in der Gruppe der Ungelernten in großem Umfang vorhanden sind. Diese Menschen rechnen deshalb überall da mit Beschäftigung, wo schwerste Arbeit verlangt wird, die aber häufig nur vorübergehend ist, weil sie starken jahreszeitlichen und konjunkturbedingten Charakter trägt. Das ist vor allem die Arbeit im Steinbruch, die so schwer ist, daß sie für Jugendliche überhaupt ungeeignet ist, dann viele Bauhilfsgewerbe, Arbeit in Sand- und Kiesgruben, und vor allem beim Straßen- und Wegebau, der Streckenarbeit und allen sonstigen Ausschachtungs- und Erdarbeiten. Dabei hat sich gezeigt, daß in diesen ungelernten Berufen, die kräftigste Leute erfordern, auch viele zur Verfügung stehen, die früher ganz anderen Berufen angehörten. Es gibt einen alten Satz: „Der beste Streckenarbeiter ist der gelernte Bäcker." Er besteht nicht zu Unrecht. Tatsächlich ist mancher junge Mensch, der das Bäcker-, aber auch das Fleischerhandwerk erlernte, später den Weg in diese besonders kräftige Menschen erfordernden Saisonberufe gegangen. Die Ursache dafür liegt in der Tatsache, daß die Lehre in diesen Gewerben gerne auch von Jugendlichen aus ärmlichen Verhältnissen gewählt wird. Sie hat nämlich den Vorzug, daß eine kräftige Kost und meist auch freie Wohnung gewährt werden, was eine wirksame Entlastung für die Eltern bedeutet. Das ist zunächst in den entscheidenden Entwicklungsjahren ein großer Vorteil. Später aber kommt die Schwierigkeit des Selbständigwerdens. Auch ist es für einen Gesellen nicht leicht, zu heiraten. Aus den angeführten Gründen sind diese Berufe auch stets überfüllt, so daß gerade für kräftige Leute die Versuchung groß ist, in anderbegartete, ungelernte Arbeitsmöglichkeiten überzuwechseln. Hinzu kommt, daß viele neuzeitliche Industrien infolge der Rationalisierung und Mechanisierung der Erzeugung am laufenden Band und der Zerlegung des Arbeitsvorganges in unzählige, nur einen sofort erlernbaren Handgriff erfordernde Teilarbeiten, den Ungelernten Möglichkeiten bieten, die, wie die Statistik zeigt, jedoch nicht immer von Dauer sind. So erwuchs die große soziale Aufgabe, das Heer der Ungelernten, das durch die Nachkriegsjahre der allgemeinen wirtschaftlichen Unsicherheit und der verstärkten, jetzt aber wieder beseitigten Abwanderung vom Lande besonders stark anschwoll, soweit wie immer möglich und vertretbar planmäßig anzulernen. Die Notwendigkeit dazu ergibt sich daraus, daß trotz aller Rationalisierung in vielen Erwerbszweigen ein starker Mangel an erstklassigen Facharbeitern entstanden ist. Ueberdies ist die Aufgabe des Anlernens schon deshalb lohnend, weil es nicht immer die charakterschwachen Elemente sind, die durch die Ungunst des Schicksals und die Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse in der großen Gruppe der „Ungelernten" ihr Glück gesucht und oft nur vorübergehend gefunden haben.

Solange freilich die frühere planlose industrielle Ueberentwicklung auf Kosten der ländlichen Berufe anhielt, war die Frage der Ungelernten nicht lösbar. Heute dagegen sind wichtige Voraussetzungen zu ihrer allmählichen Bereinigung geschaffen worden. Das Land ist nicht mehr das Speicherbecken eines stets bereiten Zustromes in die Großstädte. Eine geordnete und sich stetig entwickelnde Wirtschaft erhöht den Wert einer guten Lehrlingsausbildung, und schließlich sorgt die Berufsberatung dafür, daß die Wahl des zukünftigen Lebensberufes besser als bisher mit den wirtschaftlichen Erfordernissen und den Zukunftsaussichten der einzelnen Erwerbszweige in Uebereinklang gebracht wird.

„Parteinahme in Spanien bedeutet europäischen Krieg"

Hoare verteidigt den englischen Neutralitätsstandpunkt

London, 19. August.

In einer öffentlichen Versammlung im Guntonpark bei Cromer hielt der Erste Lord der Admiralität, Sir Samuel Hoare, am Mittwochnachmittag eine Rede, in der er den Neutralitätsstandpunkt seiner Regierung eindeutig verteidigte. Der Vorschlag Lansburys, das Parlament zur Besprechung der spanischen Ereignisse einzuberufen, sei völlig überflüssig. Wenn Lansbury jedoch darüber hinaus vorschlage, daß England und das Britische Reich ihr Gewicht zugunsten einer der beiden miteinander im Streit liegenden Parteien in die Waagschale werfen solle, so glaube er nicht, daß es einen unverantwortlicheren Vorschlag gebe. Parteinahme in Spanien würde unvermeidlich dazu führen, daß Europa von einem Ende bis zum anderen in Brand geriete. Herrn Lansbury und seinen Anhängern müsse deutlich gesagt werden, daß England sich unter keinen Umständen auf eine abenteuerliche Politik einlassen werde. England ziehe es vor, eine Haltung der strikten Neutralität zu bewahren. Wenn die Politik in die Hände extremistischer Fanatiker geriete und die Kugel und die Bombe die Stelle der Wahlurne einnähmen, dann werde ein großes Land wie Spanien in unheilbare Bruchstücke zerrissen. England und das Britische Reich jedenfalls besäßen nicht dieses politische Barbarentum.

An die Adresse der englischen Sozialisten gewandt, erklärte der Minister nochmals, daß die nationale Regierung nicht die geringste Absicht habe, sich in die inneren Angelegenheiten Spaniens einzumischen oder England in einen Kampf zu verwickeln, der es unmittelbar nichts angehe.

England verbietet Waffenausfuhr

London, 19. August.

Das britische Handelsministerium hat mit Wirkung vom 19. August alle Ausfuhrgenehmigungen nach Spanien, spanischen Besitzungen und nach der spanischen Zone Marokkos für alle Arten von Waffen, Munition, Luftfahrtgerät usw. aufgehoben. Das Verbot über Ausfuhr von Luftfahrtgerät umfaßt alle militärischen und zivilen Flugzeuge und stellt eine Art gesetzlicher Unterbindung solcher Ausfuhr dar. Es bringt ferner zum Ausdruck, daß Großbritannien die Unterbindung der Ausfuhr nicht nur für den Luftweg, sondern auch über See angeordnet hat.

Die jetzt unternommenen Schritte, so heißt es weiter, zeigten die große Wichtigkeit, die die britische Regierung der Sicherstellung der Lokalisierung des spanischen Konflikts beimesse. Tatsächlich handle es sich um eine einseitige Handlung Großbritanniens und gehe über das hinaus, wozu sich Großbritannien in seiner Note an Frankreich bereit erklärt habe. Großbritannien habe darin mitgeteilt, daß es verschiedene Maßnahmen in dem Augenblick in Kraft setzen würde, in dem eine Vereinbarung mit bestimmten anderen Mächten, die das gleiche tun würden, zustande gekommen wäre.

Minengefahr an der Spanischen Küste

Berlin, 19. August.

Der Sender Santa Cruz de Teneriffa funkte am Mittwoch um 21,15 Uhr folgende Warnung an alle Schiffe auf hoher See, die in mehreren Sprachen, darunter auch der deutschen, wiederholt wurde: „Alle auf Fahrt befindlichen Schiffe werden darauf hingewiesen, daß in nachfolgenden Häfen Gefahr besteht, da Minen gelegt sind: Malaga, Almeria, Cartagena, Valencia, Barcelona."

Rote MG-Schützen aus Belgien

Lissabon, 19. August.

Aus Jerez de la Frontera wird gemeldet, daß Streitkräfte der Militärgruppe am Dienstag die Ortschaft Zalmea de la Serena besetzt haben. Von dort aus sollen Belalcazar und Pozoblanco, die beiden letzten, noch in den Händen der spanischen Linksregierung befindlichen Ortschaften Andalusiens, angegriffen werden.

Der Sonderberichterstatter des „Diario de Noticias" berichtet von der französisch-spanischen Grenze, daß dort eine größere Abteilung belgischer roter Miliz eingetroffen sei. Die Belgier, die als Maschinengewehrschützen ausgebildet seien, sollen gegen die spanischen Nationalisten eingesetzt werden.

Aus Sevilla wird die Nachricht bestätigt, daß sich die Marinestation San Javier der Militärgruppe angeschlossen habe. Cartagena und San Javier haben durch Funkspruch mitgeteilt, daß sie sich im Kampf gegen starke Streitkräfte der roten Miliz befinden.

Sowjetagentin hetzt in Spanien

Hendaye, 19. August.

In Barcelona verbreitet zur Zeit ein Kurzwellensender Nachrichten der Madrider Linksregierung und der in Barcelona herrschenden marxistischen Parteien. Die Sprecherin dieser Meldungen war bis vor kurzem noch Funksprecherin des Moskauer Senders und Redakteurin des Moskauer bolschewistischen Nachrichtendienstes.

Straßenkämpfe in San Sebastian

London, 19. August.

Nach einer Meldung des „Evening Standard" sind in San Sebastian und Irun seit Mittwoch vormittag heftige Straßenkämpfe im Gange. Die Marxisten sollen fluchtartig die Verteidigungsstellen außerhalb der Stadtgrenze von San Sebastian geräumt haben und sich unter dem Deckungsfeuer eines kleinen, in einem Nebenarm des Bidassoa-Flusses liegenden Torpedobootes unter Hinterlassung zahlreicher Toten nach der Strandpromenade zurückziehen. Von der Landseite her werde San Sebastian an drei verschiedenen Stellen gleichzeitig von den Truppen der Nationalisten angegriffen, deren Vorhut bereits in den Straßen der Vororte mit dem Feind Fühlung habe. In den Hauptstraßenzügen haben die Marxisten Barrikaden errichtet. Ein Regiment der spanischen Fremdenlegion sei zur Verstärkung an die Front von San Sebastian abgesandt worden. Anderseits haben auch die Marxisten aus Irun Zuzug in Stärke von etwa 1000 Mann erhalten.

Deutsche Schule mit Steinen beworfen

Berlin, 19. August.

In Santander, das sich bekanntlich in Händen der marxistischen Regierung befindet, wurden die deutschen Schulen mit Steinen beworfen. Der Protest des Konsuls hat zu einer Erklärung des Bedauerns seitens der örtlichen Behörden geführt. Zur Vermeidung von Wiederholungen sind Polizeiposten vor der Schule aufgestellt worden.

Ergebnislose Unterredung zwischen Ciano und dem französischen Botschafter. Auch die neue Unterredung zwischen dem italienischen Außenminister und dem französischen Botschafter über die Nichteinmischungsfrage am Mittwochabend hat kein abschließendes Ergebnis gezeitigt. Vielmehr sollen auf Grund der italienischen Vorbehalte in Paris weitere Klarstellungen eingeholt werden.

Moskauer Justizkomödie um ehemalige Freunde Lenins

Sinowjew, Kamenew und Genossen vor dem Militärtribunal

Moskau, 19. August.

Am Mittwoch um 12 Uhr (Moskauer Zeit) begann im Haus der Sowjetgewerkschaften vor dem Militärtribunal der Sowjetunion der Prozeß gegen die ehemaligen engen Mitarbeiter Lenins und Stalins, die Angeklagten Sinowjew, Kamenew und Genossen.

Die durch diesen Prozeß angestrebte Vernichtungsaktion gegen die politisch längst erledigte frühere Opposition soll eine Warnung für alle diejenigen bedeuten, die gegen die unumschränkte Diktatur des Parteiapparates anzukämpfen versuchen. Der Prozeß gegen die praktisch nicht mehr vorhandene Opposition bedeute gleichzeitig ein Ablenkungsmanöver der Sowjetregierung, das die Aufmerksamkeit von den innerpolitischen Schwierigkeiten ablenken soll: von dem Versagen des Stachanowsystems auf der ganzen Linie, von den schlechten Aussichten für die kommende Ernte, von dem offensichtlichen Zusammenbruch der Lohnpolitik usw. Daß der Prozeß zugleich auch den Zweck verfolgt, von der terroristischen Interventionspolitik der Komintern den Ausgang abzulenken, beweist u. a. der geradezu groteske Vorwurf gegen die Angeklagten, für deutsche Stellen gearbeitet zu haben. Dies ist sogar in dem offiziellen Teil der Anklageschrift aufgenommen worden. Die Anklage wird durch den obersten Staatsanwalt Wyschinski vertreten. Auf der Anklagebank sitzen 16 Personen, fast durchweg der alten revolutionären Richtung Trotzkischer Färbung zugehörig.

Der Prozeß beginnt mit der Verlesung der langen Anklageschrift, die sich fast ausschließlich aus „Geständnissen" der Angeklagten während der Untersuchungshaft aufbaut und hauptsächlich drei Punkte umfaßt: Angeklagt mit Trotzki sind Golzmann, Baermann, Iberg und David als direkte Emissäre Trotzkis, die in dessen Auftrag sie zur Ausübung von Terrorakten und Anschlägen nach der Sowjetunion entsandt worden seien und sich zu diesem Zweck mit der Sinowjew-Gruppe zusammengeschlossen hätten. Unter Führung von Sinowjew und Kamenew hätten sie seit 1932 versucht, Anschläge auf Spitzen der bolschewistischen Partei zu unternehmen, und zwar auf Stalin, Kaganowitsch, Woroschilow, Ordchonikidse u. a. Der zweite Punkt besagt, daß die Angeklagten den Mord an Kirow im Dezember 1934 angestiftet hätten. Der dritte Punkt der Anklage betrifft den Versuch, Stalin bei dem vorjährigen 7. Kominternkongreß durch einen Revolverschuß zu töten. Baermann sei es jedoch nicht gelungen, zum Kongreß zugelassen zu werden, während David seinen Platz zu weit von der Tribüne entfernt gehabt habe. Ein weiterer Punkt der Anklageschrift spricht, wie schon erwähnt, von einer angeblichen Verbindung der Angeklagten zu deutschen Stellen.

Nach Verlesung der Anklageschrift erklärten sich mit Ausnahme zweier Angeklagter sämtliche Angeklagten für schuldig. Bei dem Verhör durch den Staatsanwalt bekannten sie sich bereitwillig selbst zu ihrer Schuld.

General Rydz-Smigly fährt nach Paris

Warschau, 19. August.

Der polnische Staatspräsident hat General Rydz-Smigly zu einer Besprechung empfangen. Es heißt, daß General Rydz-Smigly den Staatspräsidenten über seine Unterredung mit Gamelin unterrichtet hat. Da die diesjährigen Herbstmanöver der französischen Armee am 8. September ihren Anfang nehmen, wird sich General Rydz-Smigly zu diesem Zeitpunkt nach Paris begeben, um den Besuch Gamelins zu erwidern und an den Manövern teilzunehmen.

*

General Gamelin ist von seiner Polenreise am Mittwochnachmittag nach Paris zurückgekehrt. Im selben Zuge trafen, wie die „Information" meldet, auch die Mitglieder einer sowjetrussischen Fliegerabordnung in Paris ein.

Die furchtbare Not der Sudetendeutschen

Eine Eingabe der Reichenberger Handelskammer an Staatspräsident Benesch

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 19. August.

Der Präsident der Reichenberger Handelskammer, Dr. Liebig, hat dem tschechischen Staatspräsidenten Dr. Benesch, der Mittwoch zur Besichtigung der Reichenberger Messe eintraf, eine Denkschrift überreicht, die die Notlage in den sudetendeutschen Gebieten behandelt. Es wird in der Denkschrift darauf hingewiesen, daß beispielsweise in Reichenberg auf 1000 Einwohner 74 Arbeitslose entfallen, während der Durchschnitt im tschechischen Staat 39 Arbeitslose auf 1000 Personen ausmache. Im Gebiet der Reichenberger Handelskammer betrage die Zahl der Arbeitslosen rund 100 000. Noch entscheidender als die Arbeitslosenziffern bezeichnet die Denkschrift die Zahl der stillgelegten Betriebe. In den Bezirken Reichenberg, Gablonz, Friedland und Deutsch-Gabel sind seit dem Jahre 1923 insgesamt 158 fabrikmäßige Betriebe für dauernd stillgelegt worden. Der Export sei auf ein Minimum zurückgegangen. Die Bautätigkeit liege völlig danieder, und von einer Besserung, die sich in anderen Teilen des tschechischen Staates zeige, sei in Nordböhmen nicht das geringste zu bemerken. Die Krise habe kein Gebiet Europas so schwer betroffen, wie das nordböhmische Industriegebiet. Durch die jahrelange Arbeitslosigkeit sind, wie es in der Denkschrift heißt, viele Tausende von Menschen körperlich und seelisch zugrunde gerichtet worden. Besonders schlimm sei das Schicksal der heranwachsenden Jugend. Von den schweren körperlichen Schäden abgesehen, die das Elend der Jugend zufügt, dürfe auch nicht übersehen werden, daß die jungen Menschen an der herrschenden Gesellschaftsordnung verzweifeln und so zu einer Gefahr für den Staat werden. Die Denkschrift fordert insbesondere, daß die tschechische Handelspolitik die große Bedeutung des Güteraustausches mit den Nachbarstaaten, namentlich mit Deutschland, erkenne und daß in politischer Hinsicht an den Ausgleich, der zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern bestehenden Gegensätze gearbeitet werde. Das Staatsschutzgesetz dürfe nicht dazu führen, daß unter ihm das Sudetendeutschtum noch mehr als bisher zu leiden habe.

Auch Oesterreich nimmt Nichteinmischungsvorschlag an

Wien, 19. August.

Amtlich wird verlautbart: Die österreichische Bundesregierung ist dem Vorschlag Frankreichs, betreffend Nichteinmischung in spanische Angelegenheiten, beigetreten. Sie ist dabei von der Annahme ausgegangen, daß alle in Frage kommenden Staaten dem Nichteinmischungsvorschlag ebenfalls beitreten und daß die wirksame Anwendung gesichert wird.

Furchtbares Unglück bei einer Prozession

Sieben polnische Wallfahrer getötet

Kattowitz, 19. August.

Am Sonntag ereignete sich, wie erst jetzt bekannt wird, in dem polnischen Wallfahrtsort Kalwarya im Kreise Biala ein furchtbares Unglück. Anläßlich des Ablasses waren Tausende von Wallfahrern nach Kalwarya gekommen. Als die Wallfahrer, dem religiösen Brauch entsprechend, die Anhöhe zur Kirche knieend hinaufrutschten, entstand ein großes Gedränge. Im Mittelflügel des Kircheneingangs wurden die Beichten derart zusammengedrängt, daß zahlreiche Wallfahrer zu Boden fielen und sich nicht mehr erheben konnten. Die nachdrängenden Menschenmassen waren nicht mehr aufzuhalten und bewegten sich, ohne es verhindern zu können, über die unglücklichen hinweg. Sieben Menschen fanden auf diese furchtbare Weise den Tod. Sie wurden von der Menge buchstäblich zertreten.